

II-10218 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 508011

1990 -03- 0 5

A n f r a g e

der Abg. Dr. Partik-Pablé, Mag. Haupt, Motter
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden

In öffentlichen Gebäuden, wie z.B. in den Gängen und Warteräumen von Gerichten und Finanzämtern, die oftmals nicht einmal belüftbar sind, herrschen unbeschreiblich schlechte Luftverhältnisse durch das undisziplinierte Verhalten von Rauchern. Die Zeitschrift "Umweltschutz", Februar 1990, meldet unter dem Titel: "Indoor Pollution": "In der Bundesrepublik hat der "Verein Deutscher Ingenieure" zwar Werte für die maximale Immissions- bzw. Innenraumkonzentration festgesetzt. Diese MIK-Werte sind aber bis heute unverbindlich. An dieser Indoor Pollution ist u.a. das Zigarettenrauchen stark beteiligt."

Es wäre also höchste Zeit, in öffentlichen Gebäuden ein allgemeines Rauchverbot einzuführen bzw. durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

A n f r a g e :

1. Verfügt Ihr Ressort über Unterlagen, welche maximale Innenraumkonzentration in Gängen und Warteräumen von öffentlichen Gebäuden zulässig sein sollte ?
2. Wurden in Ihrem Ressort bereits Überlegungen hinsichtlich der Einführung bzw. Durchsetzung eines allgemeinen Rauchverbots in öffentlichen Gebäuden angestellt ?
3. Wie lauten diese Überlegungen hinsichtlich der Kompetenz bzw. der Sanktionsmöglichkeiten bei Verstoß gegen ein allgemeines Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden ?